Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda — **Neukirch und Umgegend**

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptzollamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Beilagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage. — Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postscheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erscheinungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmonatlich Mark 1.10, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 45 Pfg. Einzelnummer 10 Pfg. (Sonnabendnummer 15 Pfg.)

Fernsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pfg., örtliche Anzeigen 8 Pfg. Im Textteil die 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pfg. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 60 — **Freitag, den 11. März 1932.** — **87. Jahrgang**

Tagesschau.

* Der Dresdner Bürgermeister Dr. Bärger, der bis vor kurzem der Sozialdemokratischen Partei angehörte, ist zu den Nationalsozialisten übergetreten.

Der sächsische Innenminister hat für die Zeit vom Sonntag, dem 20. März bis einschließlich 22. März, alle Versammlungen, Aufzüge und sonstigen demonstrativen Veranstaltungen unter freiem Himmel verboten.

Gegen den früheren Generaldirektor Guido Hackebeil und den Abteilungsdirektor der Danat-Bank, Schneider, ist die Voruntersuchung eröffnet worden.

In Preußen waren am Donnerstag 182 Schulen und 283 Einzelklassen wegen Grippe geschlossen. Wie die Schulverwaltung mitteilt, ist der Höhepunkt nunmehr überschritten und ein Abflauen der Grippe im Gange.

* Der wegen des Attentats auf den deutschen Botschaftsrat in Moskau verhaftete Student Stern hat gestanden, das Attentat im Auftrage polnischer Staatsbürger verübt zu haben.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Volksfront?

Als Generalfeldmarschall v. Hindenburg 1925 für den zweiten Wahlgang der ersten verfassungsmäßig ablaufenden Reichspräsidentenwahl als Bewerber um das höchste Amt im Deutschen Reiche aufgestellt wurde, war er der Kandidat aller der Kreise und Parteien, die den vaterländisch-nationalen Gedanken gegen den internationalen Marxismus und den demokratischen Pazifismus verfochten und in der deutschen Politik wieder zur Geltung bringen wollten. Marxismus, Ultramontanismus und Demokratie verbanden sich damals einmütig zum Kampfe gegen diese nationale Kandidatur Hindenburgs, die von den nationalen Parteien, die sich um das alte schwarz-weiß-rote Reichsbanner scharten, getragen wurde.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat sich damals dieser Richtung zur Verfügung gestellt in dem Willen und in der Ueberzeugung, damit der Bildung einer wahren Volksgemeinschaft dienen und ihr vorarbeiten zu können, einer Volksgemeinschaft, die nur — auch das glauben wir als die Ueberzeugung Hindenburgs hier aussprechen zu dürfen — entstehen und Lebenskraft gewinnen kann, wenn sie beherrscht wird von einem lebendigen Tatbekenntnis zum nationalen Gedanken im scharfen Widerstreit zu internationalen und antinationalen Phantasien und Bestrebungen.

Von dieser nationalen Hindenburgfront des Jahres 1925 stehen heute nur noch geringe Bruchteile der im Laufe der Jahre mehr und mehr zusammengeschmolzenen bürgerlichen Mitte in dem Lager der heutigen Hindenburgfront. Die Hauptkontingente dieser Front werden dagegen von den Parteien der damaligen Gegner Hindenburgs, dem Zentrum, der Sozialdemokratie und der Demokratie, gestellt.

Dieses Parteienkonglomerat der Schwarz-rot-goldnen Internationale glaubt aus dem Umstand, daß es den Namen Hindenburg sich zum Aushänge- und Schutzschild gewählt und sich die erwähnten Bruchteile und Absplitterungen der bürgerlichen Mitte verpflichtet hat, die Berechtigung ableiten zu dürfen, als „Volksfront" — also doch wohl als die Front des deutschen Volkes? — zu firmieren, wobei gleichzeitig der Gegenseite ein Abfall von den alten Grundsätzen und innere Zwiespältigkeit vorgeworfen wird.

Der Begriff „Volksfront, Volksgemeinschaft" setzt eine Einheitlichkeit der Ueberzeugungen und Ziele voraus, eine Einheitlichkeit, die für ein Volk nur aus gemeinsamem völkischen und nationalen Wollen gewonnen werden kann. Eine solche Einheitlichkeit im völkischen und nationalen Willen ist aber nur trotz getrennten Vorgehens in dem ersten Wahlgang und trotz bedauerlicher gegenseitiger Eifersüchteleien und Reibereien auf der Seite der nationalen Rechtsparteien zu finden, nicht aber im Lager der Hindenburgfront von 1932. Der Leim, der diese „Volksfront" zusammenkittet, ist nichts als die Feindschaft gegen den nationalen Gedanken und die Furcht vor einem endlichen kraftvollen Durchbruch dieses Gedankens, der dem deutschen Volke wieder zu einer wirklichen Volksgemeinschaft eines einheitlichen nationalen Tatwillens verhelfen könnte.

Der Sozialdemokratie ist Hindenburg nur das „kleinere Uebel", ausgesprochenermaßen nur das Mittel zum Zweck, den Sieg des nationalen Gedankens zu verhindern. Wir wählen Hindenburg nicht aus Liebe, sondern aus Haß, so ist von sozialdemokratischer Seite immer wieder versichert worden. „Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler" erklärt der Wahlaufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Der sozialdemokratische preußische Ministerpräsident Braun hat soeben die gleichlautende Parole für die Wahl Hindenburgs an seine Wähler von 1925 ausgegeben: „Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!" und dazu festgestellt, daß ihn, Braun, eine „Kluft in Weltanschauung und politischer Einstellung von Hindenburg trenne. Würde Hindenburg, wenn ihm die Unterstützung solcher Bundesgenossen zum Sieg verhelfen sollte mit diesen Bundesgenossen sein Ideal der nationalen Volksgemeinschaft, dem er ehrlich dienen will und noch immer mit seiner Kandidatur zu dienen vermeint, zu verwirklichen oder ihm auch nur näherzukommen vermögen? Nichts kann den wahrhaft tragischen Irrtum, in den der greise Reichspräsident verstrickt ist, deutlicher aufzeigen, als das zweckbewußte, der nationalen Volksgemeinschaft entgegenarbeitende Eintreten der marxistischen Sozialdemokratie für die Kandidatur Hindenburg.

Und der andere maßgebende Bundesgenosse der „Volksfront", das Zentrum? Auch ihn bindet nur das eigensüchtige Machtinteresse, der Wunsch und die Hoffnung, mit roter marxistischer Hilfe seine Herrschaft über Deutschland aufrechterhalten zu können, an diese Front und an den Namen Hindenburg. Dieser drängende Wunsch nach Machtbehauptung ist es auch beim Zentrum, der die „trennende Kluft im Weltanschaulichen" zwischen sich und der Sozialdemokratie, auf die man im Zentrumslager zwecks Vernebelung der eigenen Machtziele von Zeit zu Zeit hinzuweisen beliebt, immer wieder überbrückt. Erst jüngst hat sich die „Germania" von seiten der Fuldaer Bischofskonferenz, also der offiziellen Vertretung des katholischen deutschen Episkopats, versichern lassen, daß der Nationalsozialismus, der Kommunismus und die — Sozialdemokratie die gefährlichsten Gegner der christlichen Religion und besonders der katholischen Kirche seien, weshalb jeder katholische Geistliche verpflichtet sei, die Zugehörigkeit zu diesen Richtungen als streng verboten zu behandeln.

Daß diese Erklärung mit Bezug auf die bevorstehende Reichspräsidentenwahl veröffentlicht worden ist, wird niemand verkennen können, ebenso, daß die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die „Feinde der Kirche" dabei nur theoretische Bedeutung hat. Oder will sich damit das katholische Episkopat in Gegensatz zu der Praxis der Zentrumspolitik stellen und ihr eine Absage erteilen? Das Zentrum toleriert und unterstützt nicht nur das sozialdemokratische Regime Braun-Severing in Preußen, sondern es hat, wie erst in diesen Tagen in der sozialdemokratischen Presse wieder festgestellt wurde, 1925 die Unterstützung der Kandidatur Marx durch die Sozialdemokratie im zweiten Wahlgang gegen Hindenburg mit der Garantie der weiteren Aufrechterhaltung des Regimes Braun in Preußen erkauft. Dafür weiß das Zentrum seine konfessionellen Interessen in Preußen unter dem sozialdemokratischen Kultusminister Grimme gut aufgehoben, wovon die evangelischen Volksteile Preußens ein Lied zu singen haben, die trotzdem jetzt der Christlich-Soziale Volksdienst in die schwarz-rote „Volksfront" für den 13. März hineinzupressen versucht. Mit dem Kabinett Braun hat das Zentrum auch das vorteilhafte preußische Konkordat zustandegebracht.

Es sind volkstumsfeindliche, internationale Gedankengänge und Interessengemeinschaften, die diese schwarz-rote Front zusammenhalten. Wer mit dieser „Volksfront" eine nationale Volksgemeinschaft aufbauen und aus ihr entwickeln will, wird eine schwere Enttäuschung erleben.

Es ist eine große Tragik, aus dem Munde des Reichspräsidenten in seiner gestrigen Rundfunkrede die Hoffnung zu hören auf eine wahre Volksgemeinschaft, während zu gleicher Zeit die volksgemeinschaftsfeindlichen Elemente die stärksten Stützen seiner Kandidatur sind, scheinbar ohne daß sich Hindenburg dessen bewußt ist. Man hat ihn offenbar auch hierüber nicht in dem nötigen Maße informiert.

Die Rundfunkrede des Reichspräsidenten.

Berlin, 10. März. Der Reichspräsident hielt heute abend 7,50 Uhr über alle deutschen Sender folgende Ansprache an das deutsche Volk:

Deutsche Männer und Frauen!

Als vor 7 Jahren zum ersten Male die Frage an mich herantrat, mich für Deutschlands höchstes Amt zur Verfügung zu stellen, habe ich es absichtlich vermieden, vor parteimäßig aufgezogenen Versammlungen zu reden und deshalb nur einmal im Rundfunk vor dem gesamten deutschen Volke gesprochen. Jetzt, wo mir zum zweiten Male die Präsidentschaft des Deutschen Reiches angetragen worden ist, wollte ich mich im Wahlkampf völlig zurückhalten. Der Verlauf desselben nötigte mich aber, aus meiner Zurückhaltung herauszutreten und im Rundfunk zu dem gesamten deutschen Volke zu sprechen; denn alle sollen es aus meinem Munde hören, warum ich die neue Kandidatur angenommen habe. Zugleich will ich durch diese Ansprache dartun, daß ich nicht gewillt bin, die in der letzten Zeit über mich verbreiteten Unwahrheiten unwidersprochen zu lassen. Eine politische Programmrede will ich also nicht halten, weil ich es nicht für nötig halte: mein Leben und meine Lebensarbeit sagen Ihnen von meinem Streben und Wollen mehr, als es Worte tun können.

Wenn ich mich nach ernster Prüfung entschlossen habe, mich zu einer Wiederwahl zur Verfügung zu stellen, so habe ich es nur getan in dem Gefühl, damit eine vaterländische Pflicht zu erfüllen. Hätte ich mich versagt, so bestände die Gefahr, daß bei der starken Parteizersplitterung, insbesondere der Uneinigkeit der Rechten, im zweiten Wahlgang entweder der Kandidat der radikalen Rechten oder ein solcher der radikalen Linken zum Präsidenten des Deutschen Reiches gewählt würde. Die Wahl eines Parteimannes, der Vertreter einer einseitigen und extremen politischen Anschauung sein und hierbei die Mehrheit des deutschen Volkes gegen sich haben würde, hätte aber unser Vaterland in schwere, nicht absehbare Erschütterungen versetzt. Das zu verhindern, gebot mir meine Pflicht. Ich war mir dabei wohl bewußt, daß diese meine Entschließung von einem Teil meiner alten Wähler, darunter leider manchem alten Kameraden, mißverstanden und ich deshalb angefeindet werden würde. Aber ich will lieber verkannt und persönlich angegriffen werden, als daß ich sehenden Auges unser Volk, das so Schweres in den letzten 1½ Jahrzehnten getragen hat, in neue innere Kämpfe geraten lasse. Um Deutschland hiervor zu bewahren, um ihm eine Zeit der Ruhe zu geben, in der es die für unsere Zukunft so entscheidenden großen Fragen im Innern und nach außen lösen soll, würde ich mein Amt im Falle meiner Wiederwahl weiterführen.

Gewisse politische Kreise haben meinen Entschluß, wieder zu kandidieren, anders gedeutet. Auch sind Unrichtigkeiten, wenn nicht gar bewußte Lügen über mich im Umlauf. Dagegen wende ich mich nun: Es ist behauptet worden, ich hätte meine Kandidatur aus den Händen der Linken oder einer schwarz-roten Koalition entgegengenommen. Das ist falsch. Die Kandidatur ist mir aus allen Schichten und allen Kreisen des deutschen Volkes angetragen worden, sowohl von einem großen Teile meiner alten Wähler, als auch von solchen, die 1925 ihre Stimmen anderen Bewerbern gegeben haben. Die ersten Ersuchen an mich, wieder zu kandidieren, gingen von Gruppen der Rechten aus. Diesem Vorgehen schlossen sich andere Parteien und Verbände an. Ich selbst habe meine Zustimmung zu meiner Kandidatur erst dann gegeben, nachdem ich mich überzeugt hatte, daß — unbeschadet der Parteizugehörigkeit im einzelnen — in ganz Deutschland weite Schichten den Wunsch haben, daß ich weiter in meinem Amte bleibe.

Kandidat einer Partei oder einer Parteigruppe zu sein, hätte ich abgelehnt, ebenso wie ich Bedingungen und Verpflichtungen zurückgewiesen habe. Aber auf überparteilicher Grundlage der Kandidat des deutschen Volkes zu sein und als solcher denen entgegenzutreten, die nur Kandidaten einer Partei sind, das hielt ich für meine vaterländische Pflicht. So werde ich, wenn ich nochmals gewählt werden sollte, nur Gott, meinem Gewissen und dem Vaterlande verpflichtet sein und als der Treuhänder des ganzen deutschen Volkes meines Amtes walten können.

Im Wahlkampf sind aus meiner bisherigen Amtsführung persönliche Angriffe gegen mich gerichtet worden. Ich greife die schwerwiegendsten heraus; das Urteil über das mir zugefügte Unrecht überlasse ich jedem Einzelnen:

In erster Linie wird mir

die Unterzeichnung des Youngplans

vorgehalten, durch die ich mich in einen offenen Gegensatz zu der sogenannten nationalen Front gesetzt hätte. Die Unterschrift ist mir wahrlich nicht leicht geworden, aber ich habe sie gegeben in der Ueberzeugung, daß auch diese Etappe notwendig war, um zu unserer nationalen Freiheit zu gelangen, und ich glaube, ich habe recht gehandelt. Das Rheinland ist frei, die fremden Aufsichtsbehörden sind verschwunden, der Youngplan mit seinen Voraussetzungen ist durch die tatsächliche Entwicklung bereits überholt. Ich glaube nicht, daß wir bei allen Schwierigkeiten der außenpolitischen Lage heute so weit wären, wenn ich damals dem Rat, nicht zu unterschreiben, gefolgt wäre.

Ein weiterer Vorwurf, der in der Agitation gegen mich eine Rolle spielt, ist der, daß ich

die Notverordnungen

unterschrieben habe. Ich weiß wohl, daß ich durch ihren Erlaß dem deutschen Volk schwere Lasten zugemutet und mich der persönlichen Kritik sehr ausgesetzt habe. Wir standen im letzten Sommer vor der Frage, ob wir durch politische Unterwerfung unter das Ausland uns finanzielle Erleichterungen erkaufen oder durch eigene Kraft und schwere Opfer uns als Nation selbst behaupten wollten. Ich habe nicht gezögert, mich für den letzteren Weg zu entscheiden. Da der eigentliche Gesetzgeber, der Reichstag, versagte und nicht imstande war, auf dem normalen Wege der Gesetzgebung die erforderlichen Maßnahmen zur Beseitigung unmittelbarer Gefahren für Wirtschaft, Staatsfinanzen und Währung zu treffen, mußte ich notverordnen und im Rahmen